



Pressemitteilung

Inakzeptabler Ausbau der Amtshilfe im Geldwäschereigesetz

Das Forum SRO* hat sich an seiner Vereinsversammlung vom 24. Januar 2012 intensiv mit dem Entwurf des Bundesrates für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (GwG) befasst. Mit dieser Vorlage sollen die Grundsätze des Informationsaustausches zwischen der schweizerischen Meldestelle (MROS) und den ausländischen Meldestellen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und neu auch der Austausch von Finanzinformationen ermöglicht werden. Bei näherer Betrachtung erweisen sich die bundesrätlichen Vorschläge jedoch als wesentlich zu weit gehend:

- Die MROS soll in die Lage versetzt werden, über die bei ihr eingegangenen Geldwäscherei-Verdachtsmeldungen praktisch unbeschränkt Auskunft an ausländische Meldestellen zu erteilen. Insbesondere soll sie neu auch Finanzinformationen weitergeben dürfen, wie beispielsweise den Namen des Kontoinhabers, die Kontonummern und –saldi, den wirtschaftlich Berechtigten sowie nicht weiter bestimmte „Angaben zu Transaktionen“. Damit wird das Bankkundengeheimnis weiter ausgehöhlt.
- Es soll der MROS auch gestattet werden, einer Weiterleitung dieser Informationen an andere ausländische Behörden, wie beispielsweise Steuer- oder Strafverfolgungsbehörden zuzustimmen, dies allerdings nur dann, wenn diese Informationen im Ausland „zu Analysezwecken“ für Ermittlungen wegen Geldwäscherei und deren Vortaten verwendet werden und die Straftaten auch in der Schweiz strafrechtlich verfolgt würden. Zudem dürfen die weitergegebenen Dokumente nicht als Beweismittel verwendet werden. An eine solche (innerschweizerische) Bestimmung sind die ausländischen Behörden allerdings nicht gebunden.
- Das Gesetz nennt zwar die Voraussetzungen, unter denen eine solche Amtshilfe stattfinden kann. Es ist aber keine gesetzliche Bestimmung vorgesehen, wonach die MROS bei der Verletzung der schweizerischen Regeln durch die ausländischen Behörden sofort und einseitig jeglichen Informationsfluss zu unterbinden hat.
- Im Gegensatz zur internationalen Rechtshilfe sind im Bereich der internationalen Amtshilfe keine Rechtsmittel für betroffene Finanzintermediäre und deren Kunden vorgesehen. Deshalb sieht die Gesetzesvorlage auch keine solchen Rechte der Betroffenen vor. Umso mehr muss die Amtshilfe allerdings eingeschränkt werden, weil dieser Datenaustausch für die Betroffenen weitreichende Konsequenzen haben kann und kein direkter Rechtsschutz besteht.

Anlass für die Gesetzesänderung ist ein Beschluss der Egmont-Gruppe, einer internationalen Arbeitsgruppe der Meldestellen (so genannte Financial Intelligence Units; „FIU“) aus mittlerweile 127 Staaten. Dieser besagt, dass die Mitgliedschaft der schweizerischen MROS suspendiert werde, sofern nicht bis Mitte 2012 eine Gesetzesvorlage ins Parlament gelange, welche es der MROS zukünftig erlaube, auch Finanzinformationen auszutauschen. Es bleibt dabei völlig unklar, was genau die Egmont-Gruppe von der Schweiz wirklich verlangt. Denn der Beschluss wurde nicht publiziert. Ebenso ist völlig nebulös, wie solche Beschlüsse zustande kommen und wie solche Suspensionsverfahren ablaufen. Die Egmont-Gruppe verfügt als private Vereinigung von Meldestellen einzig über ein sog. Statement of Purpose (das sich zu den gemeinsamen Zielen der Vereinigung äussert), aber nicht über förmliche Regularien für irgendwelche Verfahren. Auf ihrer Webseite veröffentlicht sie im Wesentlichen ihre Principles und Best Practices-Rules.

Erschwert wird die Situation der Schweiz dadurch, dass die Financial Action Task Force (FATF) in der derzeit laufenden Überarbeitung ihrer 40 Empfehlungen vorsieht, dass die Amtshilfe der Meldestellen ausgebaut und verstärkt werden soll. Das Anliegen der Egmont-Gruppe wird dadurch massiv gestärkt.

Unter diesen Umständen wird die Schweiz wohl letztendlich nicht umhin kommen, eine gegenüber heute erweiterte Amtshilfe im GwG zu regeln. Das Forum SRO lehnt die bundesrätliche Vorlage in der jetzigen Form jedoch ab. Es ist mindestens sicherzustellen, dass

- Art und Umfang der Informationen, die von der MROS an ausländische Meldestellen geliefert werden dürfen, klar begrenzt und bestimmt sein müssen. Von undefinierten Begriffen, wie „Angaben zu Transaktionen“ und beispielhaften Aufzählungen ist abzusehen,
- es der MROS ausdrücklich verboten ist, Informationen an Meldestellen zu liefern, welche die Informationen zu anderen Zwecken als die Geldwäschereibekämpfung verwenden und
- die Regelungen in allen Teilen restriktiv als Ausnahmebestimmungen so formuliert sind, dass im Zweifel keine Information an das Ausland erfolgen darf. Eine entsprechende Bestimmung, gemäss welcher die MROS den Informationsaustausch bei Missbrauch einseitig einstellen muss, ist gesetzlich zu verankern.

Das Forum SRO weist darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen der Forderung der FATF, wonach Fiskaldelikte als Vortaten zur Geldwäscherei einzuführen sind, und der über die Egmont-Gruppe nunmehr verlangte ausgedehnten Amtshilfe seitens der Schweiz zu sehen ist. Zwar dürfen heute Informationen, die von der MROS an ausländische Meldestellen bzw. indirekt an Drittbehörden weitergegeben werden, nicht für Steuerzwecke verwendet werden. Dies wird aber spätestens dann der Fall sein, wenn auch die Schweiz Steuerdelikte als Vortaten der Geldwäscherei qualifiziert. Es ist deshalb umso wichtiger, die Amtshilfe äusserst restriktiv und nur als Ausnahme vom Grundsatz zu regeln, dass keine Finanzinformationen weitergegeben werden dürfen. Es wird sonst völlig unnötigerweise einer frappanten und ausufernden Verletzung der Privatsphäre und einer Aufweichung des Datenschutzes Vorschub geleistet in einem Umfang, welcher schlicht inakzeptabel ist.

Das Forum SRO wird sich im Rahmen der kommenden politischen Diskussion dafür einsetzen, dass eine internationale Amtshilfe seitens der MROS klar und so restriktiv wie möglich geregelt wird. Die Tatsache, dass ansonsten sensitive Informationen von Personen ins Ausland weitergegeben werden, gegen welche erst ein Verdacht und nicht etwa ein eröffnetes Strafverfahren besteht, könnte bei den einer SRO angeschlossenen Finanzintermediären zu einer unangebrachten Zurückhaltung bei der Meldung von Verdachtsfällen führen. Diese Bedenken gilt es mit einer klaren und restriktiven Gesetzgebung zu zerstreuen, damit letztlich eine effiziente Bekämpfung der Geldwäscherei ermöglicht wird.

Für das Forum SRO

Dr. Markus Hess, Präsident

Für weitere Informationen: 079 407 35 91 (Markus Hess)

*Das Forum SRO ist ein im Handelsregister eingetragener Verein der gemäss GwG von der FINMA genehmigten und beaufsichtigten Selbstregulierungsorganisationen der Schweiz.